



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Von der preußischen Grenze.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

des Lord of Misrule, in der gelehrten Schule von Eton und den Hallen des Inner- und des Middletemple's vergangen ist — eine Zeit, von der der alte französische Tourist Misson sagt, daß sie eine Mischung von Andacht und Ausschweifung sei — dann kommt dieser Tag. Es ist der vierzehnte Februar, der Tag des heiligen Valentin. Es ist ein wunderlicher Tag; Alles, was sich in London liebt, neckt sich an diesem Tage. Und das unschuldige Werkzeug dieser in die Hunderttausende gehenden Neckereien ist eben er, — der Protégé der „Times“, der höfliche, harmlose Postbote, der Favorit von uns Allen. Es ist eine alte Sage in England, daß an diesem Tage die Vögel sich paaren, und ein ebenso alter Sprachgebrauch nennt das Männchen alsdann Valentin und das Weibchen Valentine. Daher mag der Gebrauch gekommen sein, daß sich das junge Volk von London an diesem Tage auch seine Valentins und Valentinen wählt und dem erwählten Gegenstand mit mehr oder weniger Wit, Gefühl und Orthographie seine Liebe in anonymen Briefen gesteht. Es liegt uns ein Bericht des Londoner Postamtes vom Valentinstag 1857 vor. Um neun Uhr Morgens wurden 150,000 Briefe ausgegeben, um zehn Uhr 25,000, um elf Uhr weitere 175,000, Mittag 12,000 und bis zum Abend noch einmal 60,000; so daß an diesem Tage, außer 145,000 Zeitungen, 422,000 Briefe ausgetragen wurden, d. h. zwei bis dreimalhunderttausend mehr, als an allen andern Tagen des Jahres. —

### Von der preussischen Grenze.

Im vorigen Heft haben wir unsere Ansichten und Erwartungen von der württembergischen Konferenz ausgesprochen; es ist seitdem durch das officielle Blatt der sächsischen Regierung (9. December) eine Art Aufklärung gegeben. — Das Blatt geht davon aus, daß die Thätigkeit des Bundestags sich von 1815—1848 auf die innere und äußere Sicherheit des Bundes beschränkt habe. Diese Thätigkeit, obgleich an sich sehr heilsam, habe doch Niemand recht befriedigt, und das Jahr 1848 sei ein natürlicher Ausdruck dieser allgemeinen Unlust gewesen. Man sei damals mit dem Einheitsgedanken zu weit gegangen. Seitdem aber sei das Volk — bis auf einige eigenstänige Parteien — geheilt worden. „Idealistische Vorstellungen seien von ihm gewichen.“ Man wolle nur gemäßigte Verbesserungen. Früher seien solche von dem Zusammenwirken der beiden Großmächte erwartet worden; dieses habe seit 1848 aufgehört, und statt dessen sei ein durchgehender Gegensatz [also doch auch in den

Jahren 1852—1858!] eingetreten. Deshalb wollten die kleineren Staaten die Initiative übernehmen. „Die Conferenzen derselben bieten sich nicht als einen Ausgangspunkt für große Bestrebungen in Bezug auf die Bundesform dar. . . sie behalten nur das praktisch Erreichbare im Auge, d. h. die Beschleunigung der schwerfälligen Geschäftsverhandlung am Bundestage.“ Sie seien „ein Beweis, daß nicht das föderative Princip, nicht die staatliche Vielheit in Deutschland es sind, welche eine kräftige Behandlung der nationalen Interessen fördern.“ Sie hätten nichts preußenfeindliches; „wir wenigstens würden uns in Preußens Interesse dagegen verwahren, daß man bundesfreundlich und preußenfeindlich für synonym erklärte.“ „Die Conferenzen sind vollkommen frei in der Form: man fasse dort keine für die Haltung am Bund verpflichtenden Majoritätsbeschlüsse.“

Sehr viel erfährt man aus dieser Erklärung freilich nicht; der einzig namhaft gemachte Zweck, die Beschleunigung des Geschäftsgangs am Bundestag verdient den Dank des gesammten Publicums. Einiges ist indessen zwischen den Zeilen zu lesen. — Wenn auch die bisherige Form der Bundestagsverfassung nicht geändert werden soll, so giebt das Dresdner Journal doch zu, daß der Inhalt derselben einer Erweiterung bedarf. Zugleich deutet es auf die Nothwendigkeit hin, bei dem fortdauernden Contrast zwischen Oestreich und Preußen Mittel zu finden, eine endliche Entscheidung wichtiger Fragen herbeizuführen. — Wenn auch nicht dem Namen, so doch der Sache nach, handelt es sich in der That um eine Bundesreform. Und wer sollte auch die Nothwendigkeit derselben verkennen, da bei einer Lebensfrage Deutschlands sich die bisherige Form als nicht ausreichend ergeben hat? Preußen hat behauptet, die formelle Erledigung der Frage: ob ein von Oestreich in Bezug auf seine italienischen Besitzungen unternommener Krieg eine solche Gefahr für das Bundesgebiet in sich schliesse, daß der Bund zur Kriegerrüstung befugt sei, eine formelle Erledigung dieser Frage durch Majoritätsbeschluß sei keine materielle, und könne Preußen nicht verpflichten. Ein Theil der andern Regierungen hat dagegen protestirt, und hierüber ins Klare zu kommen, ist allerdings die wichtigste Angelegenheit Deutschlands; es ist aber nicht möglich ohne freie Einigung aller Regierungen über diesen Punkt. Denn dazu wird doch die Majorität nicht ausreichen, eine authentische Interpretation der Bundesacte in dieser wichtigen Angelegenheit zu liefern?

Es ist um so wichtiger, diese Schritte der Regierungen sehr aufmerksam ins Auge zu fassen, da man täglich beobachten kann, wie unklar über das, was wir zu hoffen und zu fürchten haben, noch immer die öffentliche Meinung ist. — Zwei neu erschienene Schriften sind starke Belege dafür: die eine von einem „Gothaer“ (Die Reform der deutschen Bundesverfassung auf der Basis des Bestehenden und ohne Ausschluß von Oestreich. Von einem nörddeutschen Publicisten. Erlangen, Cntke); die andere von einem „Demokraten“ (Betrachtungen über die anzustrebende Einheit Deutschlands, von Schüler, ehem. Mitgl. der d. Nat.-Vers.). — Der „norddeutsche Publicist“ giebt eine Erklärung von „Gothaismus“, welche, wenn sie richtig wäre, uns zum entschiedensten Protest gegen jede Bethheiligung an diesem Namen bestimmen müßte. Nach ihm wählt der „Gothaer“ nämlich, wenn der eine von ihm vorgeschlagene Weg keinen Beifall findet, einen andern. Wir haben immer geglaubt, man hätte mit größerm Recht den „Gothaer“ den entgegengesetzten Vorwurf gemacht: den des eigensinnigen Beharrens auf dem einmal festgesteckten Ziel. Dieses

Ziel haben sie immer im Auge gehabt, und jede Thatsache, die demselben näher zu führen schien (ob zu eilig, ist eine offene Frage!), anerkannt, jeder Thatsache, die von demselben abführte, aufs heftigste widersprochen. — Die Auskunft, welche der „Publicist“ vorschlägt, ist folgender: 1) ein Bundesdirectorium (Centralregierung), alternirend zwischen Oestreich und Preußen; 2) ein Bundesrath (der bisherige engere Ausschuss des Bundestags, präsidiert von derjenigen deutschen Großmacht, die nicht das Directorium führt); 3) eine Bundesversammlung (jeder Staat, z. B. Lichtenstein und Waldeck, schickt 2, Braunschweig, Schwerin und Nassau je 4, Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Holstein-Lauenburg je 6, die sechs andern Staaten je 8 Abgeordnete. Sehr charakteristisch ist, daß diese zur Hälfte von den Regierungen, zur Hälfte von den Ständen erwählt werden: der König von Dänemark und der König der Niederlande ernennt also jeder 3 Abgeordnete zum deutschen Parlament!); 4) ein Bundesgericht. Das Alterniren zwischen den beiden Großstaaten würde einen Zustand hervorbringen, in welchem Keiner weiß, wer Koch und wer Kellerer ist; da aber der Kaiser von Oestreich gegen das Ansehen, mit Preußen das Directorium zu theilen, höflichst protestiren, und den Verfasser, um den Umständen Rechnung zu tragen, nöthigen wird, auf eine andere Auskunft zu denken, so darf man wohl das ganze Project dahingestellt sein lassen. — Der „Demokrat“ sagt viel Verständiges, ja lange Stellen könnten wir unterschreiben; aber er hat einen Fehler, er kommt zu keinem Abschluß. — Er kritisiert zuerst die großdeutschen Pläne, und findet sie zwar wünschenswerth, aber ganz unausführbar; dann die kleindeutschen, und findet sie nicht wünschenswerth und fast unausführbar. — Dennoch muß Deutschland gerettet werden. — Zunächst soll Preußen rund und nett erklären, ob es die Initiative zur Herstellung einer Centralgewalt ergreifen wolle; sagt es Nein, gut, dann werde man sich nach einer andern Macht umsehen; vielleicht würde Bayern sich willig zeigen; sagt es Ja! dann solle es aber sofort ans Handeln gehen, das Publicum könne ihm sonst sein Vertrauen nicht schenken. Später, wenn die Reformen durchgeföhrt, könne ja Preußen mit Oestreich im militärischen Oberbefehl alterniren. — Worüber soll sich denn Preußen rund und nett erklären? über die Errichtung einer großdeutschen Centralgewalt? Der Verfasser hat ja selbst bei der Kritik der großdeutschen Pläne gezeigt, daß das von ihm nicht erwartet werden kann. — Und die Centralgewalt, die den beiden Großstaaten zu schwer fällt, soll Bayern an sich nehmen? — Mit solchen Rathschlägen ist nicht viel zu machen.

Sehen wir uns wieder nach den Regierungen um: Die „Leipziger Zeitung“ enthält über die preußischen Militärreformen eine Reihe sehr lesenswerther Artikel, in denen die deutschen Zustände in größerer Nacktheit vorgeführt sind, als fast irgend ein Blatt es gewagt hat. Indem sie die Entfremdung von Oestreich fast als eine vollendete Thatsache bezeichnet, faßt sie die Eventualitäten ins Auge, die eintreten könnten, falls Preußen fortföhre, gegen den Willen seiner deutschen Bundesgenossen die Rolle einer europäischen Großmacht zu spielen. Es könnte dann gar wohl ein „Schmerzenschrei“ der Bedrohten zu den Ohren dessen klingen, der Schmerzenschrei gern vernähme: — kurz sie deutet auf die Möglichkeit einer deutsch-französischen Allianz gegen Preußen, und bürdet, indem sie ihre Hände wäscht, alle Schuld einer solchen auf Preußen.

Eine arge, ja eine erschreckende Voraussetzung, die man aber doch, der letztern Behauptung wegen, näher untersuchen muß.

Preußen hat sich seine Lage nicht gemacht. Seine Stellung als europäische Großmacht ist so alt als die „Souveränität“ der deutschen Königreiche. Daß im wiener Congreß sein Gebiet dergestalt zersplittert wurde, daß es durch seine bloße Existenz die eingeschlossnen Staaten bedroht, daran ist es selber völlig unschuldig. — Die Verhältnisse sind höchst verwickelt, sie sind aber nicht unlösbar, wenn sie von allen Seiten rücksichtsvoll behandelt werden. — Der Preis des Friedens, den Preußen 1815 bis 1848 zahlte — die vollständige Paralyisirung seiner eignen Kräfte —, war zu theuer; er würde auch nichts mehr fruchten, da Oestreich seine Leihgarnie gleichfalls abgeschüttelt hat, da in Deutschland der Wunsch nach einem politischen Fortschritt sich immer heftiger regt, da in Preußen selbst durch die constitutionelle Verfassung die öffentliche Meinung ein Organ gefunden hat. — Der Rath, unter allen Umständen sich mit Oestreich zu verständigen, ist müßig; zu allen Verständigungen gehören zwei. Oestreich war unter Metternich mächtiger, selbständiger (es verlangte für seine italienischen Verwicklungen keine Bundeshilfe!) und weniger anspruchsvoll als heute. Wenn Preußen den seiner Lage angemessenen Einfluß am Bunde, die Unabhängigkeit der Action nach Außen erlangt; wenn Hannover und andere Länder es nicht fortwährend auf das empfindlichste daran erinnern, daß sein Gebiet ein zerstückeltes ist: so wird es ihm nicht einfallen, mit Verleugnung seiner natürlichen Sympathien eine Rolle zu spielen, die immer etwas Abenteuerliches hätte. — Wie die Sachen jetzt stehen, ist Preußen nicht mehr der Angreifer, sondern die Coalition der andern deutschen Staaten, die Preußen in eine gegen sie bisher als gerecht anerkannten Ansprüche untergeordnete Lage bringen wollen. Die preußische Regierung und das preußische Volk sind ebenso deutsch gesinnt als jede andere; und jenes Händewaschen war voreilig. † †

### Literatur.

Erinnerungen an die Jahre 1807—1813. Von Prof. Siegfried Girsch. — Berlin, Herz. — Ein anziehendes Gemälde der Persönlichkeiten, die sich in jener Periode um das preußische Königshaus gruppirten: J. Müller, Fichte, Achim v. Arnim, Schleiermacher, Schenkendorf, Erzbischof Borowski u. s. w. „Man versteht leicht, daß nicht bloß die Aufklärung, daß auch die Romantik ein berliner Kind ist. Ihren Führern nach stammt sie zu gutem Theil aus dem Rathhaus und von der Kunstbank Berlins. Ihre ersten Leistungen fallen in die Jahre 1793—1795, da hier noch der Proceß des Hopfschulzen die wichtigste öffentliche Angelegenheit war. Ein sehr merkwürdiges Zusammentreffen: es zeigt recht, wozu dieser Boden bestimmt ist. Die classischen Dichtungen, die philosophischen Systeme sind hier nicht zum Leben gekommen: deren Geburt suchte stillere Hallen; erst da sie reif und fertig sind sie auf diese Bühnen, in diese Hörsäle getragen worden. Aber Alles, was Kampf